



Nr. 14. (Erstes Blatt).

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang

Preis: 10 Pf. pro Quartal, 30 Pf. pro Halbjahr, 1 Mark pro Jahr. Die kleinste Anzeigebilligkeitsgrenze ist 10 Pf. pro Zeile und 10 Zeilen. Die Anzeigebilligkeit beginnt am 1. Januar.

Samstag, den 18. Januar 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtkosten 2.25 vierjährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbezugspreis 2.15, im Benvenuto 2.25, Bestellgeld in Württemberg 50 Pf.

Der Rache- und Unterdrückungsgeist der Alliierten.

Wenn in unserem Volk immer noch die Hoffnung auf eine „gerechte“ Behandlung des deutschen Reichs durch die Entente sich aufrechterhalten hat, so werden wohl jetzt mit der Zeit auch den größten Friedensschwärmern die Augen aufgehen, was unsere Feinde mit uns vorhaben, und daß es tatsächlich so ist, wie wir es seit Jahren immer wieder vorausgesagt haben, der „Völkerbund“ ist lediglich die Maske, hinter dem die Entente ihre brutalsten Eroberungs- und Vergewaltigungsinstitute verborgen hat. Heute sehen wir das klar. Von einem Frieden der Verständigung und der Versöhnung wird trotz der Annahme des Wilsonschen Programms durch die Entente keine Rede sein. Schon die Waffenstillstandsverhandlungen werden in einem Geist von der Entente geführt, der von niedriger Rachsucht und Gehässigkeit und einer Brutalität ohne Gleichen getragen ist. Wenn uns jetzt die Entente dafür, daß wir die von ihr gestellten Bedingungen bezüglich der Ablieferung der Eisenbahnfahrzeuge, die von unsern Unterhändlern von Anfang an als unerfüllbar bezeichnet worden waren, in geradezu zynischer Verhöhnung, aller Moralität eine Strafe von noch gemeinerer Art aufliegt, wenn sie sich in der Verpflichtung der Ablieferung von Tausenden von landwirtschaftlichen Maschinen kundgibt, so beabsichtigt sie damit nicht nur, uns wirtschaftlich zu versklaven, sondern auch bezüglich unserer Ernährung, denn durch die Entblößung von landwirtschaftlichen Maschinen wird unsere Landwirtschaft ruiniert und wir werden von der Einfuhr vom Auslande abhängig. Unsere Waffenstillstandskommission gibt auch einen Stimmungsbericht über den Ton, der in den Verhandlungen herrscht. Marschall Foch, der sich erinnern sollte, daß er nur mit Hilfe der ganzen Welt gegen das deutsche Heer aufzukommen vermochte, fühlt sich als Diktator und benimmt sich demgemäß. In allen Fragen vertritt er den rein militärischen Standpunkt und sucht damit die Gewalttätigkeit der Franzosen zu entschuldigen. So erklärt er, die Ausweisung der deutschgesinnten Elsaß-Lothringer sei notwendig wegen der Sicherheit (!) der alliierten Truppen, und übrigens hätten die Deutschen im besetzten Gebiet auch so gemacht. Den Standpunkt Erzbergers, daß damals Krieg gewesen sei, läßt er nicht gelten. Jetzt sei auch noch Krieg (!). Das ist der französische Militarismus! Man darf aber ja nicht glauben, daß England und Amerika anders gesinnt seien. Die schlauen Angelsachsen verstecken sich nur hinter den impudischen Franzosen, um unsere gerechte Entrüstung auf diese abzulenken. Frankreich ist nur der Scherz der Angelsachsen. Wie England denkt und handelt, das sehen wir aus der englischen Note, die die deutsche Regierung auffordert, künftig jede Herausforderung der polnischen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, Polen und Schlesien zu unterlassen. Bei Regelung der Ostgrenze Deutschlands würden die Mächte notwendigerweise beinflusst durch die „Fähigkeit oder Unfähigkeit“ der Deutschen, Gebiete mit gemischter polnischer Bevölkerung zu verwalten. Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen hat nun den Herrn Engländern, die sich so stellen, als wüßten sie nicht, wer in Wirklichkeit die Friedensstörer an unserer Ostgrenze sind, auseinandergesetzt, daß es die Polen waren, die sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes in Polen und dem Regierungsbezirk Bromberg die schärfste Agitation entfaltet hätten, und daß sie in der ganzen Provinz Polen die deutsche Bevölkerung durch Terrorisierung zur Flucht veranlaßt hätten. Weiter würde der Rücktransport der deutschen Truppen aus Rußland durch ihre Haltung gefährdet. Die deutsche Regierung habe sich deshalb, genau so wie England in Irland habe militärische Maßnahmen ergreifen müssen, veranlaßt gesehen, eine starke Truppenmacht von der Ostgrenze zu senden, weil sie das Treiben des machthungrigen polnischen Imperalismus, der den Entschlüssen der Friedenskonferenz vorgreifen wolle, nicht mehr länger dulden könne. Gegen die in der Weltgeschichte einzig dastehende Herausforderung und Annahme der Polen, in bis heute deutschen Provinzen Wahlen zur polnischen Volksvertretung auszuscheiden,

sei die deutsche Regierung berechtigt, Maßnahmen zum Schutz des Landes zu ergreifen. Der Protest wird zwar nicht viel helfen, denn es ist im Rate des künftigen „Völkerbundes“ schon beschlossen, Deutschland für immer seiner Bewegungsfreiheit zu berauben und für diese Polizeiaufsicht werden so viel wie möglich interessierte Bittler gesucht.
O. S.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Verlängerung des Waffenstillstandes.

(W.B.) Berlin, 16. Jan. Die Verlängerung des Waffenstillstandes ist heute nachmittag von Staatssekretär Erzberger unterzeichnet worden.

Die Wirkung der neuen Waffenstillstandsbedingungen.

Magdeburg, 17. Jan. (Draht.) Zu der in den neuen Waffenstillstandsbedingungen geforderten Abgabe landwirtschaftlicher Maschinen wird der „Magdeburger Zeitung“ von einem sachverständigen Fachmann u. a. mitgeteilt, daß die 400 Dampfpflüge weitaus der größte Teil aller derjenigen sind, die überhaupt unserer Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Die Jahresleistung eines Dampfpfluges ist auf mindestens 3500 Morgen zu veranschlagen, sodaß die deutsche Landwirtschaft plötzlich vor der Notwendigkeit stehe, nicht weniger als 1400000 Morgen mit anderen Mitteln bearbeiten zu lassen. Daran fehlt es aber vollständig. Von geradezu verheerender Wirkung dürfte aber die Abgabe für den Kartoffelanbau werden; denn die Frühjahrsarbeit der Dampfpflüge erstreckte sich fast ausschließlich auf die Vorbereitung der Kartoffelkulturen. Wenn es nicht gelingt, diese Kulturen anderweitig zu bearbeiten, müssen wir damit rechnen, daß wenig mehr als ein Viertel der Kartoffelanbaufläche des Vorjahrs bestellt werden kann.

Die vorausgesetzlichen finanziellen Forderungen der Entente.

(W.B.) Bern, 16. Jan. Bezüglich der Beurteilung der finanziellen Forderungen der Entente an Deutschland, die bisher nur in Zeitungsauszügen vorliegen, begegnet man in führenden schweizerischen Handelskreisen großer Zurückhaltung. Zwischen den einzelnen Bankinstituten hat eine unverbindliche Fühlungnahme stattgefunden. Die amtlichen Institute erklären, den genauen Wortlaut abwarten zu wollen, ehe seitens der Schweiz Maßnahmen getroffen würden. Es herrscht jedoch der Eindruck vor, daß die Forderungen wahrhaft ungeheuerlich sind und daß man an eine Verwirklichung kaum glauben kann. Man erwartet, daß neue Verhandlung stattfinden werden, und weist darauf hin, daß letzten Endes nicht Deutschland, sondern die Ententesmächte selbst die Geschädigten sein würden, wenn man das deutsche Wirtschaftsleben sabotiere.

Eine englische Besatzungsarmee am Rhein nach Friedensschluß.

Berlin, 18. Jan. Wie dem „Berliner Lokalanz.“ aus Basel berichtet wird, beschloß die britische Regierung, dem „Matin“ zufolge, während ungefähr 6 Monaten nach dem Friedensschluß eine Besatzungsarmee am Rhein zurückzulassen, die mit den übrigen Alliierten zusammenwirken werde. Die Armee soll nicht groß sein, jedoch aus ausgewählten Mannschaften bestehen, die erhöhten Sold erhalten.

Die Richtlinien für unsere Friedensabordnung.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsregierung hat sich in den letzten Kabinettsitzungen unter Hinzuziehung des Staatssekretärs des Auswärtigen damit beschäftigt, die Delegation zur Friedenskonferenz zusammenzustellen. Zu Leitern der Abordnung hat sie den Staatssekretär des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau und den Volksbeauftragten Scheidemann bestimmt. Demen ist ein Stab diplomatischer, wirtschaftlicher und rechtspolitischer Referenten beigeordnet worden. Die Abordnung wird in ihrer Zusammensetzung das neue Deutschland zur Darstellung bringen. Auch über die Richtlinien, an die sich die deutschen Vertreter auf der Friedenskonferenz zu halten haben, ist Klarheit und Uebereinstimmung erzielt worden.

Vor allem ist sich die Reichsregierung der Verantwortung bewußt, die ihr durch die Annahme des Wilson-

schen Programms auferlegt wird. Wie sie alles zu dieser Durchführung Erforderliche nachdrücklich betreiben und ihre damit übernommene Verpflichtung streng einhalten wird, so muß sie andererseits Forderungen unserer Gegner ablehnen, die über jenes Programm hinausgehen. Sie darf die Grenzen nicht überschreiten lassen, die der jungen deutschen Republik als Staat, Volk und wirtschaftlicher Körper gezogen sind. Sie muß sich der Weiterführung eines Wirtschaftskrieges nach Friedensschluß widersetzen. Unsere Vertreter haben sich dafür einzusetzen, daß alle wirtschaftlichen Kampfmaßnahmen sofort eingestellt und die dadurch geschädigten Privatrechte so weit als möglich wiederhergestellt werden. Es wird unverzüglich eine auf Billigkeit und Gerechtigkeit beruhende Vereinbarung über die gegenseitige Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln zu treffen und für die Zukunft eine wirtschaftliche Annäherung der Völker unter möglichst gleichmäßigen Bedingungen einzutreten sein. Dazu gehört namentlich, daß die Frage des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung auf der Grundlage der von den letzten internationalen Kongressen darüber gefaßten Beschlüssen von allen beteiligten Staaten tunlichst gleichmäßig geregelt wird. Weiterhin werden unsere Vertreter zu erklären haben, daß Deutschland bereit ist, im Einklang mit den andern Staaten zu Lande, zur See und in der Luft abzurüsten und die zur Ausführung dieses schwierigen Programms erforderlichen Verpflichtungen unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit einzugehen. Tatsächlich hat Deutschland durch die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen seine Abrüstung im wesentlichen schon vollzogen. Um so weniger ist es gerechtfertigt, daß unsere Gegner die kriegsgefangenen Deutschen immer noch hinter Gittern schmachten lassen, während wir unsere Gefangene freigeben mußten. Die Delegierten sind angewiesen, auf der Heimsendung aller Gefangenen schon bei Beginn der Verhandlungen nachdrücklich zu bestehen. Sie werden für eine Wiedereinsetzung Deutschlands in seine kolonialen Rechte im Rahmen des Wilsonschen Programms einzutreten haben und dabei die Sorge für das Wohl der eingeborenen Bevölkerung als gemeinsame Pflicht aller Völker des europäischen Kulturkreises zu betonen.

Bei der Behandlung der territorialen Fragen in Europa und Vorderasien werden unsere Unterhändler das Grundprinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ebensowohl zugunsten anderer anerkennen, wie sie es zugunsten des deutschen Volkes in Anspruch nehmen müssen. Dies gilt besonders für die polnische und elsass-lothringische Frage. Unsere Vertreter sind schließlich angewiesen, mit allen ihren Kräften die Errichtung des Völkerbundes im Geiste der Wilsonschen Vorschläge und in Verbindung mit der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu fördern, weil hierdurch allein ein Zustand dauernden Friedens verbürgt wird.

Wilson löst auf Schwierigkeiten.

(W.B.) Rotterdam, 17. Jan. Nach dem „N. N. C.“ meldet die „Morningpost“ aus Paris, daß der amerikanische Vorschlag, dem Bolschewismus in Deutschland mit Lebensmitteln zu unterdrücken, bei einigen anderen Ländern auf Widerstand stößt. Die Schwierigkeiten würden zweifellos beseitigt werden, aber augenblicklich befindet man sich in einer Sackgasse. Sollte in der Lage keine Wendung zum Bessern eintreten, so würde die Folge davon sein, daß Präsident Wilson früher als ursprünglich beabsichtigt nach Amerika zurückkehre. — (Es ist klar, daß das Frankreich und England sind, die die Ernährungsschwierigkeiten Deutschlands zur Erpressung benutzen wollen.)

Die Franzosen sind beunruhigt wegen des deutschen Grenzschutzes.

Bern, 17. Jan. Der „Temps“ ist beunruhigt, daß der Vormarsch der bolschewistischen Kräfte in Rußland die Zusammenziehung von deutschen Truppen an der polnischen Grenze zur Folge hatte. Er verlangt endgültige Beseitigung des Bolschewismus durch Entsendung interalliiertter Kräfte, die von der Ukraine aus angreifen sollten.

Die Internierung Madensens.

(W.B.) Budapest, 16. Januar. Es kann nunmehr mit Sicherheit festgestellt werden, daß Feldmarschall Maden-

den mit seinem früheren Stab in dem bei Koufah gelegenen Schloß Juttig des Grafen Cholot interniert ist. Schloß und angrenzender Garten ist mit einem Drahtzaun umgeben und wird von Spahis streng bewacht. Madensen kann sich nur im eingezäunten Raume frei bewegen und ist auch sonst von der Außenwelt völlig abgeschnitten.

Vermischte Nachrichten.

Oberst Houze †

Bern, 17. Jan. Die hiesige Vertretung des amerikanischen Informationsdienstes in der Schweiz bestätigt den in Paris eingetroffenen drahtlosen Bericht über das plötzliche Ableben des Obersten Houze, des Vertrauensmannes von Wilson.

Hungersnot in Petersburg.

Paris, 17. Jan. (Havas.) Havas meldet aus Kopenhagen: Nach einem Telegramm aus Helsingfors sind in Petersburg Hungersunruhen ausgebrochen. Ueber 10000 Personen begaben sich auf die Straße und schrien nach Brot. Die Truppen erhielten Befehl, auf die Menge zu feuern.

Die britische Induftrie für Einschränkung der Einfuhr.
London, 16. Jan. Der Präsident des Handelsamtes empfing heute eine Abordnung von Vertretern der britischen Induftrie, welche verlangten, daß die einschränkenden Bestimmungen für die Einfuhr von Waren ausländischer Fabrikate sofort wieder in Kraft treten sollen. Der Minister versprach, daß die für drei Monate aufgehobenen Einschränkungen nach Ablauf dieser Frist wieder eingeführt werden sollen.

Englische Arbeiterforderungen.

W.B. London, 16. Jan. (Reuter.) Der Bergarbeiterverband in Southport hat einstimmig die Demobilisierung aller in der Flotte und in der Armee dienenden Bergarbeiter, den 6-Stundentag und die Nationalisierung der Bergwerke und Mineralschätze verlangt.

Deutschland.

Verlegung der Nationalversammlung außerhalb Berlins.

Berlin, 18. Jan. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ erfährt, hat sich die Regierung nunmehr endgültig entschlossen, die Nationalversammlung nicht in Berlin zusammenzutreten zu lassen.

Die Reichsregierung zu den militärischen Maßnahmen im Osten.

(W. B.) Berlin, 16. Jan. Trotz aller bisherigen Veröffentlichungen tauchen immer wieder Zweifel darüber auf, ob nicht mit den im Gange befindlichen militärischen Maßnahmen reaktionäre Strömungen verbunden sind. Um dieses völlig unberechtigte Mißtrauen endgültig aus der Welt zu schaffen, wird nochmals der Wortlaut der den Regierungstruppen abgenommenen Verpflchtung — Offiziere wie Mannschaften — bekannt gegeben: „Ich verpflichte mich, der deutschen sozialistisch-demokratischen Republik mit allen Kräften und nach bestem Willen als Soldat zu dienen. Die jegliche provisorische Regierung werde ich unbedingt schützen und sie unterstützen in der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern und an den Grenzen des Reiches. Ich trete ein für ungestörte Nationalwahlen, den Schutz der Nationalversammlung und die von dieser beschlossenen Gesetze.“

Zum Ende Liebnechts und Rosa Luxemburgs.

Berlin, 16. Jan. Ueber den Verlauf der Doppeltragödie, deren Anfang unsere Leser bereits kennen, weiß die „B. Z.“ noch folgende Einzelheiten zu berichten:

Liebnecht mußte auf einem Seitenausgang des „Ebenhotels“, in dem seine Vernehmung stattgefunden hatte, herausgelassen werden, weil sich vor dem Hotel eine große Menschenmenge angesammelt hatte, der bekannt war, daß Liebnecht verhaftet war. Auch in die Halle waren die Menschen schon eingedrungen. Das Auto konnte sich deshalb nur mit Mühe Bahn machen, um vorzufahren. Als Liebnecht in das Auto einstieg und auf dem Vorderplatz Platz nahm (es war ein offenes Dienstauto), erhielt er von hinten aus der Menschenmenge einen schweren Schlag auf den Kopf, der eine stark blutende Wunde verursachte. Der Führer des Transportes versuchte nun, aus der Menge herauszukommen, und wollte auf einem Umwege durch den Tiergarten nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit fahren. Unterwegs erlitt der Wagen eine Panne; in der Gegend des Neuen Sees blieb das Auto stehen und der Chauffeur erklärte, daß es einiger Zeit bedürfe, um den Wagen wieder flott zu bekommen. Der Führer des Transportes fragte Liebnecht nun, ob er sich kräftig genug fühle, um bis nach der Charlottenburger Chaussee zu gehen, wo man ein Droschkenauto anhalten wollte, um Liebnecht weiterzubringen. Liebnecht erklärte sich bereit dazu. Als der Transport etwa 50 Meter vom Auto entfernt war, fing Liebnecht auf einmal an davonzulaufen. Es wurde ihm sofort Halt und Stillstehen nachgerufen, aber Liebnecht versuchte, in das Unterholz zu entkommen. Daraufhin wurden mehrere Schüsse auf ihn abgegeben. Einer davon traf ihn zwischen den Schultern am Hals; er fiel um und war sofort tot. Seine Leiche wurde ins Schauhaus gebracht.

Während Liebnecht abtransportiert wurde, wurde Rosa Luxemburg vernommen. Nach dieser Vernehmung sollte sie gleichfalls nach dem Untersuchungsgefängnis verbracht werden. Unterdessen war die Menge zu Hundert-

ten angewachsen. Es wurde versucht, die Leiche durch eine List vom Eingang fortzubringen. Die Menge verließ sich auch zunächst; als ein Offizier jedoch mit der Verhafteten herunterkam, hatte sich inzwischen schon wieder eine Menschenmenge angesammelt, die auch die Halle füllte. Der Führer ging mit ausgebreiteten Armen vor Frau Luxemburg, um ihr den Platz freizugeben. Aber die Menge stürzte sich auf die kleine Person und schlug sie nieder. Bewußtlos wurde Frau Luxemburg in das Auto getragen. Als der Wagen anfuhr, um die Bewußtlose fortzubringen, sprang ein Mann auf das Trittbrett und gab dabei einen Schuß auf sie ab. Der Wagen wurde nun, um Weiterungen zu verhüten, in schnelle Gangan gebracht und kam so an die Brücke zwischen Kurfürstendamm und Hiltlstraße. Dort wurde der Wagen durch Kufe angehalten. Man glaubte, es handle sich um die Wache und ließ den Wagen stillstehen. Im gleichen Augenblick stürzte sich die Menge auf das Auto, riß den Körper des Frau Luxemburg aus demselben heraus und verschwand in der Dunkelheit. Es ist nicht möglich gewesen, bisher die Leiche aufzufinden. Wahrscheinlich ist sie in den Landwehrkanal geworfen worden. Alles Suchen war bis zur Stunde vergeblich. Von amtlicher Stelle wird der „B. Z.“ mitgeteilt, daß eine strenge Untersuchung über den Tod Liebnechts und Rosa Luxemburgs geführt werden wird.

Sympathiestreik in Leipzig für Liebknecht und Luxemburg.

Berlin, 17. Jan. Als Demonstration gegen die Vorgänge, die zum Nord an Liebknecht und Rosa Luxemburg geführt haben, traten heute Vormittag die Arbeiter zahlreicher Leipziger Fabriken in den Ausstand. Der Straßenbahnverkehr war infolge Lohnstreiks der Angestellten vollkommen eingestellt. Es bildeten sich Demonstrationsszüge, welche durch die Stadt zogen. Sämtliche bürgerlichen Zeitungen wurden am Weitererscheinen verhindert und die Flugblätter der demokratischen und der Deutsch-nationalen Volkspartei auf öffentlichen Plätzen verbrannt. Auf dem Augustplatz loderten Scheiterhaufen von mittags ab bis in die späten Abendstunden. In das Büro der demokratischen Partei drang eine Menge ein und vernichtete das Werbematerial. Die Menge war sehr erregt. Zahlreiche Soldaten wurde die Kokarde abgerissen, Offizieren die Achselstücke abgenommen, Wagen angehalten und die Insassen durchsucht. — Die Demonstranten, die von radikalen Hehern aufgestachelt werden, machen sich natürlich nicht klar, daß Liebknecht und die Luxemburg die Opfer ihres eigenen Systems geworden sind.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 18. Januar 1919.

Die Frau im Volkstaat.

* Die Deutsche Demokratische Partei hatte auf Donnerstagabend zu einem Vortrag der Schriftstellerin Mathilde Plana (Stuttgart) eingeladen, die über das Thema „Die Frau im Volkstaat“ sprach. Der Ruf, der der geistvollen Rednerin und Führerin der Frauenbewegung vorausging, hatte eine überaus große Anzahl von Frauen und jungen Mädchen aus allen Schichten der Bevölkerung angezogen, so daß die beiden kleineren Säle des „Bädischen Hofes“ zu klein erwies, um die Zuhörerinnen alle zu fassen, und leider viele der Besucherinnen wieder umkehren mußten. Im Namen der Frauengruppe der Deutschen Demokratischen Partei begrüßte die Vorsitzende, Frau Fabrikant Rosa Wagner, die Versammlung und wies darauf hin, daß das Vaterland in seiner größten Not auch die Mitbürgerinnen aufgerufen habe zur Mitarbeit an dem Wiederaufbau. Die Frauen hätten in den vier Kriegsjahren ja eine Summe von Erfahrungen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens gesammelt, die sie nun bei der positiven Mitarbeit neben der Vertretung der besonderen Interessen der Frau recht wohl vorworten könnten. Die Referentin des Abends gab in ihren Ausführungen ein klares Bild, wie sie sich die Mitarbeit der Frauen an dem Aufbau des Vaterlandes denkt. Das rein politische Gebiet mit seinem oft so scharfen polemischen Charakter gegenüber Andersgesinnten vermied sie vollständig, und berührte in erster Linie nur die Fragen, die alle Frauen und Mädchen gleich welchen Standes und Berufs angehen. Die Gedankengänge, die hohe, sittlich-religiöse Auffassung der Rednerin über die Probleme des Staats im allgemeinen und diejenigen der Frauenarbeit am Staatsleben im besonderen lassen an und für sich schon keine polemisierende Haltung zu, und gerade solche schöpferisch tätigen Frauen, die nicht auf besondere Parteigrundsätze der Männer verweisen sind, brauchen wir bei dem Neuaufbau, an dem die Frauen durch das Wahlrecht so ausschlaggebenden Einfluß erhalten sollen. Die Rednerin gab den Wählerinnen einen Ueberblick, nach welchem sie die Richtlinien ihres Handelns und Urteilens einhalten sollen. Sie machte sie darauf aufmerksam, welche Verantwortung ihnen durch das Wahlrecht auferlegt worden sei. Der zweite Wahltag sei die Ergänzung des ersten, denn das Ergebnis der Wahl zur Nationalversammlung werde für die Wohlfahrt des ganzen Vaterlandes bestimmend sein. Wenn wir die so dringend notwendige Ruhe und Ordnung wollen, wenn wir einen baldigen Frieden wollen, so müßten wir alle vom Willen des ganzen Landes getragene demokratische Regierung schaffen. Dieses Ziel solle durch die Wahlen erreicht werden, und es sei deshalb gut, wenn auch die Frauen wozu Rundgebung ihrer Anschauung einer Partei beizutreten,

die ihrer Ueberzeugung entsprechen. Aber man solle nicht aus eintreten, um das Gewicht der oder jener Partei zu vermehren, sondern als selbständige Mitarbeiterin. Zu Beginn des eigentlichen Vortrags gab die Rednerin einen Ueberblick über die Gründe, die nach ihrer Anschauung zum Zusammenbruch des einst so stolzen Deutschen Reichs geführt haben. Wenn man sich frage, wie unser Heer nach so herrlichen Leistungen habe zusammenbrechen können, wie in der Heimat der Umsturz habe kommen können, wo das deutsche Volk doch von Natur so gutartig sei, und so viel Sinn für Ordnung gehabt habe, so müsse man antworten, daß unsere weltlichen und geistlichen Führer versagt hätten. Wenn das Heer, das mehr als vier Jahre so wunderbar standgehalten und unsre Heimat beschützt habe, endlich gemüßigt worden sei, so komme das von einem merkwürdigen inneren Widerspruch. Einerseits sei es ein Volkstheer gewesen, in anderen Hinsicht aber sei zwischen Vorgesetzten und Untergebenen noch das Verhältnis der Sklaverei des früheren Jahrhunderts bestanden, und dieses unrichtige und unverantwortliche System habe namentlich bei den älteren Leuten starke Verankerung hervorgerufen. Daneben aber habe in allen Ständen in den letzten Jahren eine fürchterliche Eigenliebe geherrscht, die zur schlimmsten Ausbeutung und schändlichsten Wucher geführt habe. Diese Eigenliebe und Geldgier sei schon vor dem Krieg vorhanden gewesen, und sei letzten Endes der Kriegsgrund, daß nämlich der angelsächsische Kapitalismus auf die Erfolge der deutschen Volkswirtschaft eifersüchtig gewesen sei. In der Zukunft dürfe ein solches Wirtschaftsleben, in dem der Kampf aller gegen alle als oberster Grundgesetz ausgegeben werde, nicht mehr Platz greifen, wenn wir unser nationales Leben wieder erfolgreich aufbauen wollen. Es dürfe keine solche Unsicherheit im Erwerbseben und solche unrechtmäßigen Gewinne wie bisher mehr geben. Nach der Art wie unsere Soldaten im Schützengraben müßten sich jeder für das Volksgange verantwortlich fühlen. Es dürfe keine doppelte Moral mehr geben zwischen den sittlichen Grundsätzen in der Familie und im Gesellschaftsleben und denjenigen im wirtschaftlichen Leben, wo eine Ueberverteilung nicht als unmoralisch angesehen werde. In der neu zu bestimmenden Verfassung müßten Rechte und Pflichten gleich verteilt werden, wie es sich für ein demokratisches Staatswesen gehöre. Das müsse besonders bei den Steuern zum Ausdruck kommen; selbstverständlich dürften aber die Kriegsanleihen nicht annulliert werden, in denen so viele Spargroschen angelegt seien. Was nun die Frauenfragen insbesondere betrifft, so wies die Rednerin darauf hin, daß schon bei der Berufszählung 1908 neun Millionen erwerbstätige Frauen gezählt worden seien. Die Frauen seien aber immer geringer entlohnt worden, an die schlechtesten Plätze gestellt worden und auch ihre Ausbildung sei hintangehalten worden. Daß viele Frauen auch nach der Heiratung dem Erwerb nachgehen müssen, schade dem Familienleben, das namentlich in den Großstädten auch wegen der Wohnungsnot bedroht sei. Wenn gesagt werde, die Frau gehöre ins Haus, so müsse gesagt werden: ja die verheiratete Frau, die Kinder habe, gehöre ins Haus. Das müsse auch angestrebt werden. Voraussetzung sei natürlich, daß der Mann einen genügend großen Lohn habe. Wenn vielfach das Familienglied zerstört werde, so komme das daher, daß die Frau bis zu ihrer Verheiratung im Erwerbseben gestanden sei, und die Hauswirtschaft und Kindererziehung nicht gelernt habe. Es müsse deshalb verlangt werden, daß jedes junge Mädchen von hauswirtschaftlichen Kenntnissen, Kinderpflege und -erziehung einen Begriff bekomme, und daß sie darin eine Prüfung ablegt, ehe sie heiratet. Jedes Mädchen solle eine Zeitlang in einem Haushalt arbeiten. Auch sollten die Mädchen lernen, die notwendigen und einfachsten Kleiderstücke selbst anzufertigen. Es müsse dadurch ein gesundes Verhältnis zwischen Haus- und Volkswirtschaft angestrebt werden. Eingehend beschäftigte sich die Rednerin mit der ersten Frage der Prostitution und der daraus entspringenden Geschlechtskrankheiten, die unser Volks- und Familienleben so schwer bedrohen. Sie forderte hier scharfe Maßnahmen, namentlich auch gegen die Verbreitung durch die Männer. Auch der Alkoholismus müsse wegen der in ihm liegenden sittlichen Gefährdung unseres Volkslebens bekämpft werden. In dem Programm der Deutschen Demokratischen Partei sei alles aufgenommen, was die Frauen als Forderungen aufgestellt haben. Die Frauen sollen am politischen Leben mitarbeiten, und mit ihren weiblichen Tugenden, dem Spar- und Einteilungssinn, der geduldrigen und ruhigen Art, veredelnd auf den politischen Kampf einwirken. Wenn wir durch die dunkle Zukunft uns wieder emporarbeiten wollen, so sei das nur durch religiös-sittliche Erneuerung möglich. Die Deutsche Demokratische Partei wolle der Kirche den Schutz angeben lassen, die sie zu voller Wirksamkeit nötig habe. Wenn im kirchlichen Leben ein gewisser Stillstand eingetreten sei, so sei das darauf zurückzuführen gewesen, daß sie mit dem Staat zu sehr verknüpft gewesen sei. Sie habe deshalb nicht immer so die Wahrheit sagen dürfen, wie es nötig gewesen wäre. Jetzt werden auch die Frauen an der Ausgestaltung der Kirche mitarbeiten dürfen. Die Rednerin schloß ihre Ausführungen mit dem Appell an die Frauen, durch treue, unablässige Mitarbeit nicht nur äußerlich, sondern durch rechte innere Gesinnung zur sittlichen Hebung des Volkes beizutragen, dann werde auch der staatliche Aufbau gut vonstatten gehen.

Die Vorsitzende dankte der Vortragenden für ihre Ausführungen und erklärte, daß sich die Frauen beglückwünschten

hätten, eine solche Vertreterin in der Landesversammlung zu haben. Der Vorsitzende der hiesigen Demokratischen Partei, Abg. Staudenmeyer, bemerkte, man habe wohl aus den Ausführungen der Rednerin ersehen können, daß seine Partei genügend Gewähr für den Schutz der Religion biete, und daß daher die Beschuldigungen seitens der Bürgerpartei in dieser Hinsicht ungerechtfertigt seien. Auch die Beschuldigung, die Partei denke nicht deutsch und bürgerlich, sei ungerechtfertigt; denn die Mitglieder der Partei rekrutieren sich größtenteils aus dem Mittelstande, und ihre Führer hätten im Kriege gezeigt, daß sie volkstümlich und daher deutsch denken und handeln. Daß die Partei auch die Interessen der Frauen berücksichtige, sehe man daran, daß sie fünf Frauen zur Landesversammlung schickte, und sie sei die einzige, außer den unabhängigen Sozialdemokraten, die Aussicht habe, eine Frau aus Württemberg, nämlich Fräulein Planch, in die Nationalversammlung zu senden, wenn die Frauen ihr das Vertrauen zuwenden.

Wichtig für Wähler zur Nationalversammlung.
Aus dem Ministerium des Innern wird uns mitgeteilt:
1. Abstimmen kann nur, wer in der Wählerliste steht! Ausnahmen: Kriegsteilnehmer, die nach dem 5. Januar heimgekehrt sind, und Deutsch-Oesterreicher können auf Grund von besonderen amtlichen Bescheinigungen abstimmen. — 2. Jeder Wähler muß sich für einen Wahlvorschlages entscheiden. Er stimmt am sichersten mit einem unveränderten amtlich hergestellten Stimmzettel ab! — 3. Stimmzettel, die Namen aus verschiedenen Wahlvorschlages enthalten, sind ihrem ganzen Inhalt nach ungültig! — 4. Wiederholungen, Umstellungen und Streichungen von Bewerbernamen des betreffenden Wahlvorschlages auf gültigen

Stimmzetteln, sowie Beifügungen von Namen, die auf keinem Wahlvorschlages stehen, bleiben unbeachtet. Solche Änderungen sind zwecklos. — 5. Wer seinen Stimmzettel verloren oder verossen hat, kann in einem Raum in der Nähe des Wahlraums von jeder Sorte einen neuen bekommen. — 6. Früh am Tage wählen! Nachmittags, möglichst nicht nach 7 Uhr zur Wahlurne kommen! Mit dem Glockenschlag 8 Uhr wird kein Stimmzettel mehr angenommen.

Vom Rathaus.

In der Gemeinderatsitzung am Donnerstag wurde in nicht öffentlicher Verhandlung über die Befehung der Stadtbaumeisterstelle beraten. Von 35 Bewerbern kommen 4 in die engere Wahl. Nach weiteren Erhebungen wird die Wahl selbst in einer späteren Sitzung vollzogen werden. — Bei der Wahl des Fürsorgeausschusses für die Erwerbslosenfürsorge wurde aus den Arbeitgebern Ingenieur Hermann Georgii und als Ersatzmann Prokurist Gotthold Müller, aus den Arbeitnehmern Buchdrucker Bruno May und als Ersatzmann Jakob Braun gewählt. Die Totengräberstelle wurde dem selbsterhaltenen Inhaber, Schuldiener Sattler, endgültig übertragen. Bei dieser Gelegenheit wurde über die Anstellung eines Friedhofsgärtners beraten. Wegen der ungünstigen Zeitverhältnisse wurde die Angelegenheit auf später zurückgestellt, jedoch soll für die Beforgung der gärtnerischen Anlagen und der verwahten Graber eine geeignete Person aufgestellt werden. Polizeiwachmeister Biederermann, der seit 32 Jahren in städtischen Diensten steht, ist um seine Zurücksetzung eingekommen. Der Gemeinderat gewährt dieselbe unter Anerkennung der treuen

und langjährigen Dienste des Gesuchstellers und gewährt ihm als Zeichen der Anerkennung seine bisherige Wohnung ohne Ansetzung eines Mietzinses. In der Frauenarbeitschule hat die Schülerinnenzahl mit dem neuen Schuljahr so stark zugenommen, daß die Anstellung einer Hilfslehrerin notwendig geworden ist. Es wird somit die Anstellung von Fräulein Ganzmüller genehmigt. — In Anwesenheit des Bürgerausschusses wird die Zurücksetzung des Stadttierarztes Kleinbus genehmigt. Dem verdienten und allgemein beliebten Beamten spricht Stadtschultheiß Göhner unter allseitiger Zustimmung der Kollegen den herzlichsten Dank für alle der Stadt geleisteten Dienste, sowohl bei der Fleischschau als auch bei der Armenpflege aus. Die Kollegen bewilligten dem treuen Beamten als Zeichen der Anerkennung eine einmalige Gratifikation. Einen breiten Raum der Beratungen nahm die Anstellung eines Tierarztes und eines Laienfleischschauers ein. Vom Bauernrat hatte sich Dekonom Dettlinger eingefunden. Nachdem mehrere hiesige Viehhalter erklärt hatten, daß eine Anstellung eines eigenen Tierarztes für die Stadt nicht nötig sei, sahen die Kollegen von der Anstellung eines Stadttierarztes ab und wählten den Gehilfen Wengert beim Schultheißenamt zum Fleischbeschauer. Der neue Fleischbeschauer hat die Verpflichtung zu übernehmen, auch fernerhin auf dem Rathaus tätig zu sein, soweit er nicht durch die Fleischschau beschäftigt ist. Die Armenpflegerstelle wie auch die Polizeiwachmeisterstelle sollen nicht mehr besetzt werden. (Schluß des Berichtes folgt).

Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw. Für die Schriftl. verantwortl. Otto Seltsmann, Calw.

Sozialdemokratische Partei Calw.

Heute Samstag Abend 7 Uhr,
im Saale der Brauerei Dreiß

große Wählerversammlung

Referent: Herr Otto Wasner - Stuttgart,
gewählt als Abgeordneter zur Landesversammlung, Kandidat
für unseren Wahlkreis zur deutschen Nationalversammlung.

Thema:

**Deutschlands Zukunft und die Wahlen
zur deutschen Nationalversammlung.**
Wähler und Wählerinnen erscheint zahlreich.
Der Wahlausschuß.

Lichtspiel-Theater Calw, „Bad. Hof“.

Vorstellungen Sonntag nachm. von 3-5 Uhr
und abends punkt 7 Uhr.

„Und wenn ich liebe . . . ?“

Spannendes Drama in 4 Akten mit Hella Moja
in der Hauptrolle.

Ein naffes Abenteuer.

Sehr schönes Lustspiel in 3 Akten.

Am Montag, den 20. ds. von vormittags 9 Uhr
ab steht in meiner Stallung

in Calw

im Gasthaus zum „Löwen“ ein großer Transport
erstklassiger, starker, junger



Milchtühe (Schaffkühe)

Rälbertühe,

trächtiger Schaffkühe,

sowie große Auswahl

schönes Jungvieh

zum Verkauf, wozu Viehhaber freundlich einladet.

Rubin Weid Löwengart.

An den Branger mit der Bürgerpartei.

Der „Fränkische Grenzboten“ in Craillshelm veröffentlicht folgende Erklärung:

Im „Engelsaal“ sagte der Schriftleiter des „Staatsanzeiger“ und zugleich Vorsitzende der Württembergischen Bürgerpartei, Dr. Veißwänger, daß der Demokratie mit ihrer kirchenfeindlichen Stellung in der Frage der Trennung von Kirche und Staat nicht zu trauen sei, weil der demokratische Führer Konrad Haußmann kein Verständnis für kirchliche Fragen habe, denn er habe seine Kinder nicht taufen lassen. Diese Behauptung des Dr. Veißwänger ist eine Lüge, denn die Kinder des Konrad Haußmann sind getauft und konfirmiert.

Dieselbe unwahre Heße hat die Partei der „Bürgertugenden“ durch private Ausstreunungen und öffentlich im „Herrnberger Amtsblatt“ getrieben, um durch diese Verleumdungen ihre Stimmenziffer zu erhöhen.

Die Krone wird diesem Treiben dadurch aufgesetzt, daß ein antisemitischer Staatsanwalt, ein Dr. Schmid von Stuttgart, in einer Wählerversammlung zu Hechingen dieselbe Unwahrheit verbreitete, und darüber sofort zur Rede gestellt, beschämt stammelte: Die Bürgerpartei in Stuttgart habe ihm aufgetragen nach Hechingen zu fahren und die Verdächtigung dort zu verbreiten. Der Redner, der dieses falsche Spiel geistelte, fand den stürmischen Beifall der Versammlung.

Die Bürgerpartei ist also ertappt, einen Lügenfeldzug inszeniert zu haben. Sie steht schamrot am Branger der politischen Unehrlichkeit.

Suche ein
Pferd z. schlachten.

Angebote an
Ludwig Burghardt, Bad
Siebenzell.

Suche jungen
Schnauzer

Salz u. Pfeffer
sodort oder später zu kaufen.
Angebote mit Preis an
P. Dito, Ernstmühl.

Karbolineum
Dachpappe

bielen an
Steegmüller & Söhne,
Stuttgart Telef. 7704.

Flechten-Leiden

bauernde Befestigung durch
deutsches R.-B. Prospekt gratis.
Hermes-Verband, Stuttgart
Wächterstraße 2.

Der heutigen Nummer liegt ein Flugblatt der Bürgerpartei bei

Suche eine ältere
Holzdrehbank

zu kaufen. Zu erfragen in der
Geschäftsst. ds. Bl.



Montag,
den 20. Jan. 1919
Turn-
Verammlung.

Erklärung.

Die Unterzeichneten sehen sich veranlaßt, öffentlich ihr Bedauern darüber auszudrücken, daß die religiös-kirchliche Frage vielfach in einer Weise in den Wahlkampf hineingezogen wird, welche unserer Kirche nur Schaden kann. Es ist an vielen Orten gegen die Deutsche demokratische Partei der Verdacht ausgesprochen und verbreitet worden, daß sie es mit ihren programmatischen Erklärungen betr. Kirche und Religionsunterricht nicht aufrichtig meine. Die Abgabe des bürgerparteilichen Stimmzettels wurde nicht bloß in Versammlungen, sondern auch durch Flugblätter als Gewissenspflicht eines wahren Christen und die Abgabe eines anderen, also etwa des Deutschen demokratischen Stimmzettels, als eine Verleugnung Jesu bezeichnet.

Demgegenüber erklären die Unterzeichneten, daß das Programm der Deutschen demokratischen Partei in allen Punkten dasselbe Anrecht auf Treu u. Glauben hat, wie dasjenige irgend einer and. Partei. Sie sind überzeugt, daß ihre Partei die ihr in der Landesversammlung zukommende einflussreiche oder ausschlaggebende Stellung auch dazu benutzen wird, die religiös-kirchlichen Lebensinteressen zu vertreten und zu wahren. Betreff des Religionsunterrichts wissen wir, daß die überwiegende Mehrheit unserer Parteigenossen an der Trennung nach Konfessionen festhält. Sie bitten die Vertreter unserer evang. Kirche, zu bedenken, daß Zentrum und Bürgerpartei allein keine Mehrheit in der Landesversammlung bilden und daß es wesentlich von der Stellungnahme der Deutschen demokratischen Partei abhängt, ob die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat und zwischen Kirche und Schule in einer Weise vollzogen wird, welche der evang. Kirche ihr ferneres Bestehen und Wirken als Volkskirche ermöglicht.

Stadtpfarrer Lamparter,
Stadtpfarrer Lic. Efenwein.

Wähler und Wählerinnen von Stadt und Land!

Nach dem so überaus erfreulichen Wahleresultat, wodurch wir die höchste Stimmenzahl von allen Parteien im Oberamt Calw erreichten, richten wir an Euch die dringende Bitte, auch bei der am Sonntag stattfindenden Wahl zur deutschen Nationalversammlung:

Gebt Eure Stimme den Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei!!

Erscheint rechtzeitig zur Wahl! — Vergeßt die Wahlkarte nicht! — Wer die Wahlkarte verloren oder verlegt, komme trotzdem, er darf auch wählen! Gebt den sozialdemokrat. Stimmzettel unverändert und ohne jede Bezeichnung ab! — Tut erst in der Wahlurne nur den Stimmzettel allein in den Umschlag!

Nehmt nur einen und zwar den Stimmzettel der Sozialdemokratischen Partei mit zur Wahlurne!

Frauen!

Die Wahlen am 12. Januar haben ergeben daß die deutsche demokratische Partei 11 weiblichen Frauen, nämlich 5 in die Landesversammlung schickt.

Auch für die Nationalversammlung hat die deutsche demokratische Partei die Frauen am besten berücksichtigt, in dem sie Kathilde Planch, die langjährige Vorkämpferin für Frauenrechte, Tochter des großen Philosophen, an fünfte Stelle auf den Wahlvorschlag gestellt hat. Von allen Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen, ist der deutsche demokratische Partei der einzige, der eine Frau aus Württemberg durchzubringen Aussicht hat.

Die Bürgerpartei und der Bauernbund schicken keine Frau in die Landesversammlung, sie werden auch für die Nationalversammlung keine durchzubringen, deshalb wird es Sache der Frauen sein, die deutsche demokratische Partei zu unterstützen, wenn sie eine Vertreterin in der Nationalversammlung haben wollen.

Frauen, laßt Euch mit dem Schlagwort nicht kopfscheu machen, die deutsche demokratische Partei bietet keine Gewähr für die Erhaltung der Religion. Es gehören der Partei hochstehende Geisteskräfte und sehr viele Lehrer an.

Die Partei tritt ein für den konfessionellen Religionsunterricht im Lehrplan

der Schule, wenn sie aber andererseits alle Gelegenheiten zum konfessionellen Unterricht beseitigen will, so handelt sie nur christlich und im vaterländischen Interesse.

Für die Frauen verlangt sie Zulassung zu den Organen der Selbstverwaltung und der Berufsvertretung, privat- und prozeßrechtliche Gleichstellung mit dem Mann, gleiche Bildungs- und Berufsmöglichkeiten, Schutz der Arbeiterinnen und der Jugendlichen, Wochenruhe und Mutterschutz, Säuglingschutz.

Wählerinnen! Diese kurze zusammenfassende Darstellung zeigt Euch, daß die deutsche demokratische Partei Eure idealen und materiellen Interessen auf allen Gebieten berücksichtigt. Wenn Ihr haben wollt, daß unser durch Klassen-, Konfessions- und Gesellschaftsgegensätze zerrissenes Volk wieder zu gemeinschaftlichem Denken zusammengefaßt und einer neuen, besseren Zukunft entgegengeführt wird, so stimmt für die

deutsche demokratische Partei.

Wähler und Wählerinnen!

Weg mit dem Stimmzettel der konservativen Bürgerpartei und des Bauernbundes, die ein Anhängel der preussischen Großgrundbesitzer und ehemaligen Kriegsschürer sind! Weg mit dem Stimmzettel der Sozialdemokratie, die Euer und Eurer Kinder Wohlfahrt und Zukunft bedroht!

Gebt Eure Stimme der deutschen demokratischen Partei, die das wahre Wohl des Volkes erstrebt und der auf sie harrenden großen Verantwortung voll gerecht werden wird.

Bez.-Handels- u. Gewerbeverein Calw.

Durch Vermittlung der von den Handwerkskammern geschaffenen Landesverkaufsstelle kann später an die Handwerker

überschüssiges Heeresgut abgegeben werden.

Um eine Uebersicht zu gewinnen, werden die Handwerksmeister ersucht, ihren Bedarf spezifiziert und schriftlich anzumelden, und zwar diejenigen Mitglieder des Gewerbevereins, welche einer Innung oder einem Fachverein angehören, bei diesen Organisationen, die übrigen bei dem unterfertigten Vorstand.

Rohmaterial (z. B. Legirstoffe, Leder, Hans) ist nicht anzumelden, dagegen verarbeitetes Material, Werkzeuge Maschinen.

Einreichungen müssen spätestens am 24. Januar erfolgt sein.

Der Vorstand: H. Ellig.

Freie Schreiner- und Glaser-Innung.

Die Innung hat Gelegenheit, aus entbehrlichem Heeresgut einige Waggon Holz

in Stärke von 18, 23, 30, 35 mm zu bekommen. Ich ersuche die Mitglieder, die sich daran beteiligen wollen, ihren Bedarf in Kubikmetern im Laufe der kommenden Woche anzugeben. Aus der gleichen Quelle könnten durch Vermittlung der Handwerkskammer

Maschinen und Werkzeuge beschafft werden.

Reflektanten hiervon bitte ich ihren Bedarf innerhalb 8 Tagen bei mir anzumelden.

Der Vorsitzende: Karl Buhl.

Photographisches Atelier C. Fuchs, Calw

empfiehlt sich für

Vergrößerungen

in bester Ausführung zu bekannt mässigen Preisen. — Telefon 87. Sämtliche Artikel und Arbeiten für Liebhaberphotographen.

Wer den Volksstaat nicht verhindert sehen will, gebe den Stimmzettel der deutschen demokratischen Partei ab!